

Transnationale Beziehungen von Kommunen

Globale Politik vor Ort

Dem Aufruf des Weltverbandes der Städte und Kommunen UCLG, Hilfe für das erdbebengeschädigte Haiti bereitzustellen, folgen binnen weniger Wochen Städte aus der ganzen Welt, von Lokossa (Benin) über Neapel (Italien) bis Seoul (Südkorea). Die Bergbaustandorte Dorsten im Ruhrgebiet, Rybnik in Polen und Liévin in Frankreich entwickeln mit Unterstützung der EU gemeinsam Handlungsmöglichkeiten zur Nutzung von Brachflächen nach der Zeichenschließung. Fachkräfte aus der nigerianischen Hauptstadt Lagos kommen für mehrere Monate nach Lauingen, um dort Kenntnisse und Erfahrungen im kommunalen Abfallmanagement und Umweltschutz zu sammeln.

Wolfgang Pohl / Albert Statz / Charlotte Wohlfarth



Gemeinsam für die Eine Welt

Foto: Josef Ahlke (Erfurt)

Die Industrie- und Handelskammer veranstaltet in Mainz regelmäßig „Kroatien-Tage“ mit Unternehmerinnen und Unternehmern aus der Partnerstadt Zagreb. Gemeinsam mit der italienischen Stadt Spoleto unterstützt der Rhein-Sieg-Kreis zwei Provinzhauptstädte in Kambodscha beim Aufbau einer demokratischen, transparenten und verantwortlichen Kommunalverwaltung. Köln macht in

seiner Ringpartnerschaft mit fünf Städten aus den Gründerstaaten der EWG eine „Charta der Nachhaltigkeit“ zur Grundlage der weiteren Arbeit – dies sind nur einige Beispiele von tausenden für die Vielfalt des transnationalen Engagements von Kommunen.

Transnationale Aktivitäten, also Aktivitäten über Grenzen hinweg, aber ohne

dabei den Staat selbst mit einzubeziehen, das sind längst nicht mehr nur sporadische Einladungen der Freiwilligen Feuerwehr in die französische Partnerstadt und gegenseitige Antrittsbesuche der Bürgermeister, deren einziger Nutzen in einigen Fotos zu liegen scheint. Oft sind Städtepartnerschaften als „Kommunal-tourismus“ geschrämt worden, was ihrer Bedeutung für die Völkerverständi-

gung nicht gerecht wird. Inzwischen beinhalten Städtepartnerschaften und -netzwerke darüber hinaus gemeinsame Projekte, einen intensiven Austausch auf hoher fachlicher Ebene, weltweite Netzwerke zu allen erdenklichen Themen, internationale Konferenzen von BürgermeisterInnen, umfassende Bildungsprogramme, kommunale Wirtschaftsförderung und effektive Solidaritätsaktionen. Ihre politische Bedeutung und die vielfältigen Chancen und Möglichkeiten, die in ihr liegen, sind kaum zu unterschätzen.

Sich als Kommune in aller Welt zu engagieren und sich Partner zu suchen, hat viele Vorteile. Es spricht für die Offenheit und Internationalität der Stadt, ihrer Verwaltung und ihren Bewohnerinnen und Bewohnern. Die Erfahrungen transnationaler Zusammenarbeit erweitern den Horizont aller Beteiligten und tragen zu mehr interkultureller Kompetenz bei. Gerade für Verwaltungsangestellte können solche Projekte einen Motivationsschub bedeuten. Nicht nur bei Kindern und Jugendlichen fördern sie Sprachkompetenz, Toleranz und soziale Schlüsselqualifikationen. Und ganz praktisch sollen im Idealfall beide Seiten von gemeinsamen Projekten profitieren, zusammen zu neuen Lösungen finden oder von Erfahrungen lernen.

Die wohl gängigste Form des transnationalen Engagements ist die direkte Kooperation zwischen zwei Kommunen – das schließt die Landkreise mit ein – in Form einer dauerhaften Partnerschaft, die offen ist für immer neue Themen und Formen der Zusammenarbeit. Deutsche Kommunen unterhalten etwa 6.000 Partnerschaften mit Kommunen im Ausland, davon über 2.000 nach Frankreich. Innerhalb Europas bestehen mindestens 17.000 Kommunalverbindungen, und auch in anderen Teilen der Welt sind Partnerschaften zwischen Städten und Gemeinden mittlerweile weit verbreitet. Doch neben diesen bilateralen Partnerschaften gibt es seit Langem auch solche mit drei, vier oder mehr Partnern. Viele Kommunen, die mehrere Partnerstädte haben, laden diese und vielleicht auch deren jeweilige Partner zur gemeinsamen Vernetzung ein. So entsteht schnell ein weit gespanntes Netz an freundschaftlichen Beziehungen, in dem man von gegenseitigen Erfahrungen profitieren, sich austauschen und Kooperationspartner finden kann.

Netzwerke

Daneben haben sich viele Kommunen zu Netzwerken wie dem Klima-Bündnis, den Bürgermeistern für den Frieden, der Union der baltischen Städte (UBC) oder der Städte für Kinder (Cities for Children) zusammengeschlossen. Diese Netzwerke widmen sich oft einem spezifischen Thema und dienen in erster Linie dem Erfahrungsaustausch ihrer Mitglieder. Sie treffen sich auf regelmäßigen Konferenzen, entwickeln innovative Konzepte, diskutieren sie und geben sie weiter. Mittels Newsletter oder anderen Publikationen halten sie sich über aktuelle Entwicklungen auf dem Laufenden.

Außerdem vertreten Netzwerke die Interessen der Kommunen gegenüber internationaler Gremien wie der Europäischen Union und den Vereinten Nationen. Vor allem große Zusammenschlüsse wie die Nachhaltigkeitsinitiative ICLEI (Local Governments for Sustainability), Eurocities oder der Weltverband der Städte und Gemeinden UCLG nehmen dort auf vielfältige Weise Einfluss.

Die politische Bedeutung der kommunalen Partnerschaftsbeziehungen macht nicht zuletzt die Europäische Union deutlich: Eine derart rasche und umfassende europäische Einigung nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs wäre ohne die Kommunen, die auf ganz praktischer Ebene die Völkerverständigung zwischen den Menschen förderten und lebten, wohl undenkbar gewesen. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes waren es wieder die Kommunen, die, zum Teil mit finanzieller Unterstützung der EU oder des Bundes, durch Partnerschaften und Kooperationen die Städte und Kreise in den Ländern Mittel- und Osteuropas bei der Bewältigung der ungeheuren Herausforderungen der Transformation unterstützten. Sie halfen, Verwaltung und Wirtschaft neu aufzubauen, und standen ihren Partnern später bei der Vorbereitung auf einen EU-Beitritt zur Seite.

Die Städte, Gemeinden und Kreise sind ein integraler Teil des europäischen Beziehungsgeflechts, von der lokalen Ebene über die Regionen und Staaten bis hin zu den supranationalen Strukturen. Die transnationale Kooperation untereinander ist für die EU ein beliebtes, weil vielfach erprobtes und erfolgreiches Mittel zur Entwicklung oder Förderung neuer kommunaler Politikkonzepte, von der lokalen Selbstverwaltung über die ökolo-

gische Modernisierung bis hin zur nachhaltigen Stadtentwicklung.

In zahlreichen Pilotprojekten fördert die EU Netzwerke von mehreren Städten und Kommunen innerhalb Europas, die sich bei Neuerungen auch gegenseitig unterstützen sollen. Gleichzeitig wurden und werden in verschiedenen Programmen Kooperationen und Netzwerkbildung mit Städten und Kommunen in Afrika, Asien und Lateinamerika etwa im Umweltbereich, bei der Stadtentwicklung oder der Verwaltungsmodernisierung gefördert.

Ebenso unterstützen auch der Bund und halbstaatliche entwicklungspolitische Durchführungsorganisationen wie die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) oder InWE (Internationale Weiterbildung und Entwicklung) die Aktivitäten der Kommunen finanziell oder durch Expertisen. Gefördert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) beraten zum Beispiel Experten aus deutschen Städten Kommunen in Südafrika bei der Vorbereitung auf die Fußball-WM 2010. Im Städtenetz Kaukasus, getragen von der GTZ, wird die übliche Entwicklungszusammenarbeit durch deutsche Kommunen ergänzt, die mit ihren georgischen und aserbaidschanischen Partnern beispielsweise beim Aufbau eines funktionierenden kommunalen Abfallmanagements zusammenarbeiten.

heinrich-böll-stiftung

Weitere Aktivitäten

Am 17. Mai 2010 werden in Berlin ein Fachgespräch und eine öffentliche Abendveranstaltung zum Thema Städtepartnerschaften stattfinden. Auf dem kommunalpolitischen Bundeskongress der Heinrich-Böll-Stiftung am 18./19. Juni 2010 in Berlin und dem Netzwerk21-Kongress der Lokalen Agenda-Initiativen am 11./12. Oktober 2010 in Nürnberg wird die Heinrich-Böll-Stiftung das Thema ebenfalls präsentieren. Eine Vernetzungs-konferenz von Kommunen mit Partnern in der Türkei ist für das kommende Jahr ins Auge gefasst.

• Weitere Informationen und Kontakt: pohl@boell.de; albert.statz@gmx.net

Klimaschutz

Das transnationale Engagement geschieht jedoch nicht immer im trauten Einvernehmen mit dem Staat. Vor allem im Bereich Klimaschutz haben sich in den letzten Jahren zahlreiche kommunale Initiativen wie das Klima-Bündnis oder der Konvent der Bürgermeister(innen) gebildet, die mit Selbstverpflichtungen zu einer deutlich größeren Reduktion ihrer CO₂-Emmissionen, als offiziell zugesagt wurden, versuchen mit gutem Beispiel voranzugehen und gleichzeitig die Regierungen unter Druck zu setzen.

Ein Teilnehmer einer Fachtagung zu Windkraft brachte das auf den Punkt: „In Kopenhagen wird zwar verhandelt, aber in den Kommunen gehandelt.“¹ Gerade nach dem Scheitern der Verhandlungen ist es an den Städten und Kommunen, trotzdem am Ziel des Klimaschutzes festzuhalten und lokale Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln. Transnationale Vernetzung ist dabei nicht nur hilfreich, sondern auch notwendig, um ihrer Stimme auf internationaler Ebene Gewicht zu verleihen und die Regierungen zu zwingen, ihre Forderungen anzuerkennen.

Auch Partnerschaften können leicht einmal in die Schusslinie staatlicher Konflikte gelangen. So wurde die Partnerschaft Freiburgs mit Isfahan im Iran aufgrund der Atom- und Menschenrechtspolitik des Teheraner Regimes zu

einem politischen Balanceakt. Einerseits ist es ein Grundgedanke der Kommunalpartnerschaften, das friedliche Zusammentreffen und Kennenlernen von Menschen ungeachtet der nationalen Politik zu ermöglichen. Diese Idee wurde schon während des Kalten Krieges auf eine harte Probe gestellt; die „Entspannungspolitik von unten“ hat sich trotz der Blockkonfrontation in vielen Partnerschaften bewährt.

Andererseits wären offizielle Freundschaften oder Solidaritätsbekundungen mit einem Regime, das systematisch Menschen- und Bürgerrechte missachtet, keineswegs wünschenswert. Die Bereitschaft, Menschenrechtsfragen bei offiziellen Besuchen anzusprechen, ist eher gering, vor allem wenn wirtschaftliche Interessen eine große Rolle spielen. Die Lösung für dieses Dilemma liegt darin, die Kontakte auf zivilgesellschaftlicher Ebene zu pflegen, die ohnehin die Fundierung jeder Partnerschaft sein sollte. So können Begegnungen und Austausch aufrechterhalten werden, wenn offizielle Kontakte aus politischen Gründen nicht möglich sind. Zum Beispiel in München: Nachdem der demokratisch gewählte Stadtrat in der Partnerstadt Harare (Simbabwe) durch einen regimetreuen Strohmann ersetzt und die Rechte der Bevölkerung immer mehr eingeschränkt wurden, legte München die offizielle Partnerschaft auf Eis. Währenddessen hält der Partnerschaftsverein HaMuPa weiterhin Kontakt zu Basisinitiativen in Harare und unterstützt sie nicht zuletzt auch bei ihrem politischen Kampf um mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Über die Fülle der Erfahrungen und Perspektiven hinaus, die ein Überblick über die gegenwärtige Praxis in den transnationalen Beziehungen zutage fördert, lässt sich feststellen, dass die transnationalen Beziehungen der Kommunen – der Städtepärschaften wie der Netzwerke – im Laufe der Zeit zwei Wandlungen durchgemacht haben. Zum einen sind sie politischer geworden: sie sind „kommunale Außenpolitik“ und gehen über den ursprünglichen Impuls der Völkerverständigung und der interkulturellen Kontakte hinaus, indem sie in die staatliche Politik intervenieren, sie kritisch begleiten oder gezielt ergänzen. Zum anderen hat die Einsicht sich durchzusetzen begonnen, dass nur eine Politik der nachhaltigen Entwicklung die globalen

Probleme auf eine Weise lösen kann, die zukunftstauglich ist und ein menschenwürdiges Überleben auf dem Planeten sichert. Die Lokale Agenda-Bewegung hat den globalen Zusammenhang zum Thema einer lokalen „Eine-Welt-Politik“ gemacht.

Fazit

Die Idee, vor Ort und zugleich weltweit aktiv zu sein, global zu denken und lokal zu handeln – und gleichzeitig ausgehend von den lokalen Erfahrungen auch global zu handeln – ist ein Grundgedanke grüner Politik. Die Notwendigkeit, beide Ebenen gleichzeitig im Blick zu haben, wird mit der zunehmenden Globalisierung immer deutlicher. Die Agenda 21, das Aktionsprogramm zur Nachhaltigen Entwicklung, das 1992 auf dem Erdgipfel in Rio de Janeiro beschlossen wurde, trägt der Bedeutung der Kommunen Rechnung. Im Kapitel 28 heißt es: „Da so viele der in der Agenda 21 angesprochenen Probleme und Lösungen ihre Wurzeln in Aktivitäten auf örtlicher Ebene haben, ist die Beteiligung und Mitwirkung der Kommunen ein entscheidender Faktor bei der Verwirklichung der Agenda-ziele.“²

Nachhaltige Entwicklung ist ein Ziel, das nur gemeinsam und weltweit erreicht werden kann. Was liegt näher, als dass sich die Kommunen gegenseitig bei ihren Bemühungen für eine nachhaltige Entwicklung unterstützen, sich untereinander austauschen und voneinander lernen? Nachhaltigkeit gelingt nur, wenn sich alle ihrer jeweiligen globalen Verantwortung und den Auswirkungen ihres (lokalen wie globalen) Handelns bewusst werden. In den transnationalen Beziehungen von Kommunen liegt hierfür ein großes Potenzial.

Fußnoten

1. www.iwrpressedienst.de

2. www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf

• Zum Autorenteam: Wolfgang Pohl ist Referent für die Kommunalpolitische Infothek bei der Heinrich-Böll-Stiftung. Albert Statz, Politologe, Regierungsdirektor a.D., bis 2007 Referatsleiter im Bundesumweltministerium und dort zuständig u.a. für die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie, war von 2008-2009 Mitglied des Brandenburgischen Beirats für Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Mitglied des Forums Berlin-Istanbul. Charlotte Wohlfarth studiert Politikwissenschaft in Berlin und ist freie Mitarbeiterin der Heinrich-Böll-Stiftung.

organisationen

Transnationale kommunale Netzwerke

Kommunale Netzwerke gibt es heute zu allen erdenklichen Themen: von Klima- (Klima-Bündnis, Énergie-Cités, Konvent der BürgermeisterInnen) über Kinder- (Cities for Children) und Bildungs- (Educating Cities, XARXA FP) bis zu Verkehrs- (Polis, Cities for Mobility) und Sicherheitspolitik (FESU). Daneben existieren zahlreiche regionale Zusammenschlüsse, etwa die Allianz in den Alpen oder die Union der baltischen Städte. Eine Darstellung ausgewählter Netzwerke findet sich in der Kommunalpolitischen Infothek der Heinrich-Böll-Stiftung (www.kommunale.info/staedtepartnerschaften).

Städtepartnerschaften und Städtediplomatie im Nahen Osten

Die Kommune als Friedensstifter

Die Domstadt Köln unterhält seit vielen Jahren eine Städtepartnerschaft zu einer israelischen Stadt und zu einer palästinensischen. Dass diese Dreiecksbeziehung zuweilen zwischen die diplomatischen Fronten der „großen“ Nahostpolitik gerät, kann nicht ausbleiben. Die Aktivisten in Köln, Tel Aviv und Bethlehem sind dennoch davon überzeugt, dass gerade diese besondere Städteverbindung viel zur Friedensentwicklung beitragen kann.

Frieder Wolf / Eberhard Ritter



FußballtrainerInnenkurse in Bethlehem 2007 und 2008



Fotos: Heinz-Rudolf Hönings und Werner Schleicher

Am 25. Dezember 1959 wurde die neu eingeweihte Kölner Synagoge mit Hakenkreuzen beschmiert. In den Folgemonaten kam es quer durch Deutschland zu Hunderten weiterer Fälle nazistischer Vorfälle. In der deutschen Öffentlichkeit begann eine öffentliche Debatte über Antisemitismus und Neonazismus. Heinrich Böll schrieb den Essay „Zeichen an der Wand“, in dem er die nationalsozialistischen Kontinuitäten im Nachkriegsdeutschland beschrieb und anprangerte. Er endet mit dem Appell: „Was in diesem Staat geschehen muß, muß privat geschehen, auf jeder gesellschaftlichen Ebene; (...) man muß den Mut haben, Gefühle zu verletzen, die in der Vergangenheit wurzeln, muß den Mut haben auch auf Kosten politischer Interessen.“¹

Köln – Tel Aviv: 50 Jahre Jugendaustausch

Dieser Bürgergeist stand auch am Beginn des deutsch-israelischen Jugendaustauschs, der 1960 mit Köln und Tel Aviv-

Yafo seinen Anfang nahm. Seit 50 Jahren bildet er die große Konstante in den engen freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Städten, die 1979 mit der Gründung der offiziellen Städtepartnerschaft auf eine noch breitere Grundlage gestellt wurden. Auslöser waren nicht zuletzt die „Zeichen an der Wand“. Der damalige Kölner Schuldezernent erkannte die Notwendigkeit, persönliche Begegnungsmöglichkeiten zwischen deutschen und israelischen Jugendlichen zu schaffen. In seinem Tel Aviver Amtskollegen fand er einen gleichgesinnten Partner.

Die politischen Interessen der jungen Bundesrepublik gegenüber Israel waren damals durchaus widersprüchlich: Mit dem Festhalten an der Hallstein-Doktrin blockierte die Bundesregierung unter dem Bundeskanzler und früheren Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer die Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen, während dieser gleichzeitig die Annäherung an Israel suchte. Dass

Städte manchmal freier agieren und mehr bewegen können als Staaten, mag in dieser selbst fabrizierten politischen Sackgasse auch Adenauer erkannt haben: Fest steht, dass sein Sohn, von 1953 bis 1965 Oberstadtdirektor Kölns, den städtischen Jugendaustausch mit Tel Aviv von Anfang an unterstützte, während der Bundeskanzler ein Begegnungsprogramm mit Israel nur in einem in unbestimmter Zukunft zu schließenden Abkommen verankern wollte².

„Von allen Städten der Bundesrepublik hat sich Köln die ersten und größten Verdienste um die deutsch-israelische Annäherung und die deutsch-jüdische Aussöhnung erworben.“³ „Kaum jemals zuvor in der Geschichte internationaler und menschlicher Beziehungen ist es Jugendlichen auf beiden Seiten derart intensiv gelungen, eine Mauer der Ressentiments zu durchbrechen und eine feste Verbindung zwischen zwei Völkern herzustellen, der sich die Politiker und Organisationen erst später anschlossen.“⁴, so re-

sümiert Yehuda Erel diese Anfangszeit, der als damaliger Mitarbeiter der Tel Aviv Stadtverwaltung und späterer Sekretär des regierungsoffiziellen Komitees für Jugendaustausch ganz maßgeblich am Aufbau des deutsch-israelischen Jugendaustausches beteiligt war.

Wie wahr, der Mut hat sich gelohnt: Die Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Staaten folgte 1965 – fünf Jahre später. Und mit der Gründung des „Gemischten Fachausschusses für den deutsch-israelischen Jugendaustausch“ wurden die bilateralen Begegnungen 1973 schließlich auf eine beidseitig verbindliche Basis gestellt⁵. Die erste Kölner Jugendgruppe reiste 1960, getarnt als Teil einer französischen Jugendgruppe, noch inkognito. Heute

tipps

Weiterführende Infos

Auf der Webseite der *Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)* finden sich zahlreiche Informationen rund um das Thema Kommunalpartnerschaften und Netzwerke, unter anderem eine Datenbank, eine Partnerschaftsbörse und Informationen zu Fördermöglichkeiten.

Auch in der Zeitschrift „Europa kommunal“ gibt es eine Rubrik, die sich mit zu Partnerschaften beschäftigt: www.rgre.de

Der europäische Dachverband *Council of European Municipalities and Regions (CEMR)/Conseil des Communes et Régions d'Europe (CCRE)* hat ein eigenes Internetportal zu Kommunalpartnerschaften eingerichtet: www.twinning.org

Für kommunale Entwicklungs-zusammenarbeit ist die *Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)* mit einer umfangreichen Webseite und zahlreichen Publikationen und Veranstaltungen die zentrale Anlaufstelle: www.skew.de

Das *Institut für europäische Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit (IPZ)* bietet Informationen, Arbeitshilfen und Seminare insbesondere für Beziehungen mit Frankreich und Polen an. www.ipz-bonn.de

sind solche privaten Begegnungen zur Selbstverständlichkeit geworden.

Köln – Bethlehem

87 offizielle deutsch-israelische Städtepartnerschaften und -freundschaften zählt die „Datenbank der kommunalen Partnerschaften“ der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen (RGRE)⁶. Dagegen nur eine deutsch-palästinensische: die zwischen Bethlehem und Köln. Sie wurde 1996 geschlossen, wenige Jahre nach dem Osloer Friedensabkommen. Ihre Wegbereiter waren Hans-Jürgen Wischnewski, viele Jahre Kölner Bundestagsabgeordneter und eine der herausragenden Persönlichkeiten der deutschen Nachkriegspolitik, sowie der damalige Kölner Oberbürgermeister und heutige Vorsitzende des Vereins zur Förderung der Städtepartnerschaft Köln-Bethlehem, Norbert Burger.

Neben dem Ziel, den Aufbau kommunaler Selbstverwaltungsstrukturen in den palästinensischen Autonomiegebieten zu unterstützen und die soziale und wirtschaftliche Situation Bethlehems zu verbessern, wollte die Stadt Köln mit dieser Städtepartnerschaft von Beginn an auch einen kommunalen Beitrag zum Nahost-Friedensprozess leisten. Sie ist insofern eine konsequente Weiterentwicklung der engen freundschaftlichen Beziehungen zu Tel Aviv. Sie hilft nicht nur, die Komplexität des Nahen Ostens zu verstehen und Einseitigkeiten zu vermeiden. Sie stellt die Städtepartnerschaftsidee als „größte Friedensbewegung Europas“⁷ auch in den Kontext der politischen Wirklichkeit.

Das ungewollte Kölner Alleinstellungsmerkmal gehört hoffentlich bald der Vergangenheit an. In Xanten, Bergisch-Gladbach, Bielefeld und Jena gibt es Bestrebungen, städtepartnerschaftliche Beziehungen zu palästinensischen Kommunen zu knüpfen. Von einer weihnachtlichen Nahostsreise und den Erfahrungen vor Ort tief beeindruckt, sprach sich der Xantener Bürgermeister Christian Strunk Anfang 2009 erstmals öffentlich für eine Städtepartnerschaft mit Beit-Sahour aus, Ort der biblischen Hirtenfelder und Bethlehemer Nachbarstadt. Zugleich sucht Xanten derzeit eine Partnerstadt in Israel. Bei ihren Bemühungen wird sie von der israelischen Botschaft unterstützt.

Die Xantener Initiative geht auf Dr. Humam und Ibtisam Atallah zurück, ein

aus Beit-Sahour stammendes und bei Xanten lebendes Ehepaar. Seit Jahren organisieren sie öffentliche Veranstaltungen über die Situation in ihrem Heimatland, aus denen heraus sich der Freundeskreis Palästina – Xanten – Israel (PAXIS) bildete, mit dem Ziel, neben Beit Sahour auch eine Partnerschaft zu einer israelischen Kommune aufzubauen.

PAXIS lud im September 2009 den Bürgermeister von Beit-Sahour, Hani Al-Hayek, und den Bethlehemer Pfarrer Mitri Raheb zu einem öffentlichkeitswirksamen Besuch nach Xanten ein. Der Besuch trug schnell Früchte: Der Stadtrat beschloss, die über Frau Atallah übermittelte Einladung anzunehmen und eine offizielle Delegation zum „Anzünden des Christbaumes“ am 20. Dezember 2009 nach Beit-Sahour zu entsenden. Alle fünf Ratsmitglieder waren tief beeindruckt von der Gastfreundlichkeit und Friedfertigkeit, die der Fremdherrschaft trotz. Die Lokalpresse berichtete entsprechend positiv⁸. Xanten lud zwei Schüler aus Beit-Sahour ein, für ein Jahr am Unterricht der Europaklasse teilzunehmen und bei Xantener Familien zu wohnen. Zurzeit leisten zwei Xantener Friedensdienstler einen Freiwilligendienst bei Beit-Sahour.

Der „Arbeitskreis Bürger für Beit Jala – Brücken statt Mauern für Palästina und Israel“ strebt eine Städtepartnerschaft zwischen Bergisch-Gladbach und Beit Jala ein, einer weiteren Nachbarstadt Bethlehems. Ein erstes NRW-Vernetzungstreffen fand im Februar 2010 in Köln statt. Das nächste soll in Bielefeld folgen.

Bethlehem – Köln – Tel Aviv

Erste trilaterale Projekte zwischen Bethlehem, Köln und Tel Aviv entwickelten sich vielversprechend, wurden dann aber jäh durch die zweite Intifada gestoppt. Die jeweiligen bilateralen Kontakte blieben davon weitgehend unbetroffen. So tauschen sich neben den Jugendbegegnungen seit vielen Jahren Fachkräfte der Jugend- und Sozialarbeit aus Köln und Tel Aviv regelmäßig miteinander aus. Seit 2008 gibt es einen regen Austausch zwischen den schwul-lesbischen Szenen beider Städte. In Bethlehem unterstützt die Stadt Köln den Auf- und Ausbau des Gesundheitswesens.

Mit Unterstützung des DFB, des 1. FC Köln und der GTZ führte sie in 2007 und

2008 Lehrgänge für FußballtrainerInnen aus Bethlehem und der Westbank durch. Die in Köln ansässige Katholische Fachhochschule pflegt eine enge, langjährige Partnerschaft mit der Bethlehem University. Zusammen mit der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW wird die Stadt Köln den Aufbau der vom palästinensischen Städteverband geplanten kommunalen Verwaltungsakademie unterstützen.

Mehrere Kölner Schulen, Grundschulen wie Gymnasien, pflegen Partnerschaften mit Schulen in Bethlehem bzw. Tel Aviv. Die beiden Städtepartnerschaftsvereine organisieren regelmäßig bilaterale bürgerschaftliche Projekte und Studienreisen, während die Kölner Freiwilligenagentur zusammen mit lokalen Partnerorganisationen Freiwilligendienste in den beiden Partnerstädten organisiert. Viele weitere Aktivitäten ließen sich nennen.

Ausdrücklich aufgefordert durch die Stadt Tel Aviv bemüht sich die Stadt Köln seit 2007 wieder verstärkt um die Durchführung trilateraler Projekte. Im März 2009 fand in Köln ein erster trilateraler Schulaustausch statt. Woran vor einem Jahr kaum jemand zu glauben wagte, wurde am 11. März 2010 Wirklichkeit: Schülerinnen der drei beteiligten Schulen trafen sich in Tel Aviv, darunter neun aus Bethlehem.

Was in der Regel nur außerhalb Israels und Palästinas möglich ist, nämlich eine direkte Begegnung zwischen einfachen Menschen beider Völker, fand plötzlich im Zentrum von Tel Aviv-Yafo statt, und das nicht konspirativ, sondern mit Zustimmung der Eltern und ganz offiziell und öffentlich im Rathaus. Auf Initiative der Stadt Köln wird das bislang auf Israel begrenzte Projekt „Football 4 Peace“⁹ 2010 über ein Pilotprojekt mit Bethlehem erstmals nach Palästina ausgedehnt. Anlässlich der Frauen-Fußball-WM in 2011 plant die Stadt Köln ein Turnier mit Frauenfußballteams aus Bethlehem, Tel Aviv und weiteren Kölner Partnerstädten. Der UN-Sonderberater für Sport, Willi Lemke, hat bereits zugesagt, die Schirmherrschaft zu übernehmen.

Weitere derartige Projekte sind in Planung. Dazu zählt insbesondere eine israelisch-palästinensisch-europäisch-arabische Bürgermeisterkonferenz, die unter dem Motto „Städte als Friedensstifter“ im Mai 2011 in Köln stattfinden soll. Mit-

veranstalter werden die Kölner Partnerstädte Bethlehem, Kattowitz, Lille und Tel Aviv, die deutsche Sektion des RGRE sowie die Kommunalverbände Israels, Palästinas, Frankreichs und der Niederlande sein.

Städtediplomatie im Nahen Osten

Städtediplomatie hat keine Instrumente für die Befriedung heißer Kriege. Sie kann aber dazu beitragen, Vertrauen zu stiften, Feindbilder zu überwinden sowie belastbare Brücken der Verständigung und Zusammenarbeit zu bauen, die es Regierungen einfacher machen, sich zu einigen. Sie sind ein unverzichtbarer Beitrag zum Krisenmanagement, der Keime von Konfliktlösung in sich trägt.

Über ihre direkten städtepartnerschaftlichen Beziehungen hinaus¹⁰ engagiert sich die Stadt Köln deshalb auch in der „Municipal Alliance for Peace in the Middle East“ (MAP)¹¹, die von den israelischen und palästinensischen Kommunalverbänden ULAI und APLA gemeinsam getragen und vom niederländischen Städtetag VNG und der Stadt Den Haag, ebenfalls Partnerstadt von Bethlehem, maßgeblich unterstützt wird. Über das Komitee „Städtediplomatie“, das von der Stadt Den Haag geleitet wird, ist MAP inzwischen in die Strukturen des Weltverbands der Kommunen UCLG12 integriert. UCLG hat seinen Sitz in der Kölner Partnerstadt Barcelona, die ebenfalls stark in der kommunalen Nahostarbeit engagiert ist. MAP fördert die praktische Zusammenarbeit zwischen Kommunen in Israel, Palästina und Europa.

Wie die trilateralen städtepartnerschaftlichen Aktivitäten ist MAP kommunale Praxis und kein um sich selbst kreisender Konferenzyklus. In der oft heillos verfahren erscheinenden Situation des Nahen Ostens gelingt es ihnen, vertrauensbildende Kontakte zwischen Israelis und Palästinensern zu schaffen, die an der unmittelbaren Lebenswirklichkeit ansetzen und einen direkt erfahrbaren Nutzen haben. Darin liegt ihr ganz besonderes Potential. Vielleicht sind Kommunen der so genannten großen Politik einmal mehr voraus.

Fußnoten

1. Böll, Heinrich: Briefe aus dem Rheinland. Schriften und Reden 1960-1963, München 1985; S.29-32

2. Erel, Yehuda (Hrsg.): Deutsch-israelischer Jugendaustausch. Ein Beispiel: Köln Tel Aviv-Yafo, Köln-St. Augustin 1993, S.15

3. ebd., S.17

4. ebd., S.15

5. Erel, Jehuda: Die Anfänge des deutsch-israelischen Jugendaustauschs, in: www.hagalil.com/israel/deutschland/jugendaustausch.htm (23.03.10)

6. Link: www.rgre.de (23.03.10)

7. so eine vielfach in der Städtepartnerschaftsarbeit benutzte Formel

8. z.B.: www.rp-online.de (23.03.10)

9. Link: www.football4peace.eu (23.03.10)

10. Mehr zur Städtepartnerschaftsarbeit sowie den europäischen und internationalen Aktivitäten der Stadt Köln unter www.stadt-koeln.de/7europa/ (23.03.10)

11. Weitere Infos z.B. unter Wikipedia: wiki/Municipal_Alliance_for_Peace (21.03.10)

12. Link: www.cities-localgovernments.org (23.03.10)

⇒ Frieder Wolf leitet seit 2001 das Europabüro bzw. das Büro für internationale Angelegenheiten im Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Köln. Von 1984-89 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestagsbüro von Petra Kelly (Grüne), von 1990 bis 2001 für die Heinrich-Böll-Stiftung in Leipzig, Köln und Brüssel tätig. Eberhard Ritter ist freiberuflicher Psychotherapeut und seit über zehn Jahren Fraktionsvorsitzender der Xantener Grünen. Er war aktiv an der Gründung der Partnerschaft zwischen Xanten und Saintes (Frankreich) beteiligt und hat 2005 die Partnerschaft mit Salisbury initiiert. Seit 2009 ist er Vorstandsmitglied der Gründungsinitiative Palästina-Xanten-Israel (PAXIS).

neue hbs-broschüre

HEINRICH BÖLL STIFTUNG
DEMOKRATIE

Kommunale Partnerschaften
und Netzwerke
Ein Beitrag zu einer transnationalen Politik
der Nachhaltigkeit



A. Statz / C. Wohlfarth: Kommunale Partnerschaften und Netzwerke

⇒ Bestellungen: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin, Internet: www.boell.de

Ein transnationales Gemeindenetzwerk für die Alpen

„Allianz in den Alpen“

Das Gemeindenetzwerk „Allianz in den Alpen“ ist ein Zusammenschluss von mittlerweile über 270 Gemeinden und Regionen aus sieben Staaten des Alpenraums und besteht seit 1997. Die Mitglieder verfolgen das gemeinsame Ziel, den alpinen Lebensraum zukunftsfähig zu entwickeln.

Thomas Probst

Damit das Rad nicht jedes Mal neu erfunden werden muss, bietet das Gemeindenetzwerk transnationale Zusammenarbeit, Erfahrungs- und Informationsaustausch über die Sprach- und Kulturgrenzen hinaus – und zwar unter dem Motto „Austauschen – Anpacken – Umsetzen“.

Grundlage und Leitfaden des Gemeindenetzwerks ist die Alpenkonvention, die eine nachhaltige Entwicklung des Alpenraums sicherstellen soll. Vertragsparteien sind die Alpenstaaten Deutschland, Österreich, Schweiz, Frankreich, Italien, Slowenien, Liechtenstein und Monaco sowie die Europäische Union. Die Alpenkonvention besteht aus der 1995 in Kraft getretenen Rahmenkonvention und acht Durchführungsprotokollen für die Bereiche Raumplanung und nachhaltige Entwicklung, Naturschutz und Landschaftspflege, Berglandwirtschaft, Bergwald, Tourismus, Energie, Bodenschutz und Verkehr. Dazu kommen zwei Deklarationen zu den Themen Bevölkerung und Kultur sowie Klimawandel. Diese Themen stellen auch die Handlungsfelder des Gemeindenetzwerks dar.

Um die Umsetzung der Alpenkonvention voranzutreiben, initiierten die Internationale Alpenschutzkommission CIPRA und das Alpenforschungsinstitut ein Projekt zum Aufbau eines Netzwerks von Alpengemeinden. In dieser Pilotphase erarbeiteten die 27 beteiligten Kommunen in einem an das Öko-Audit der EU angelehnten Verfahren ein lokales Umweltprogramm. Diese Programme beinhalteten z.B. Maßnahmen zur innerörtlichen Verkehrsberuhigung, die Einführung der Parkraumbewirtschaftung, die Umrüstung gemeindlicher Einrich-

tungen auf wassersparende Armaturen und die Erarbeitung eines Regionalvermarktungskonzepts.

Da der internationale Erfahrungsaustausch von den Gemeinden rege genutzt wurde und in der gemeinsamen Diskussion so manches gemeinsame Problem gelöst werden konnte, stand am Ende dieser Pilotphase im Jahr 1997 die Gründung des Gemeindenetzwerks „Allianz in den Alpen“ e.V. Zweck des Vereins ist in erster Linie die Umsetzung der Alpenkonvention. Der Verein ist als Dachverband der Mitgliedsgemeinden tätig. Der Vorstand setzt sich aus Vertretern der einzelnen Länder zusammen. In der alltäglichen Arbeit werden der Vorstand und die Gemeinden durch sogenannte Netzwerkbetreuer unterstützt.

Erfolgreiche Entwicklung

Seit seiner Gründung hat das Netzwerk eine äußerst erfolgreiche Entwicklung durchgemacht. Aus den 27 Pilotgemeinden sind mittlerweile über 270 geworden. Damit umfasst der Zusammenschluss alpenweit rund 820.000 Einwohner und eine Fläche von 11.400 km². Das entspricht immerhin 6% der gesamten Alpenbevölkerung und 6% der Alpenfläche. Langfristiges Ziel sind jeweils 10%. Die 53 deutschen Mitgliedsgemeinden erstrecken sich vom Berchtesgadener Land im Osten bis zum Bodensee im Westen und decken rund ein Fünftel des deutschen Alpenkonventionsgebiets ab.

Natürlich war die Entwicklung aber nicht uneingeschränkt positiv, doch die wenigen Austritte wurden von der Vielzahl neuer Gemeinden spielend überkompensiert. Seit einigen Jahren treten vermehrt benachbarte Kommunen als Regi-

onen bei, zum einen aus finanziellen Gründen (günstigerer Mitgliedsbeitrag für die einzelne Gemeinde), zum anderen wegen administrativer Vorteile (z.B. Ansiedlung der Netzwerktätigkeiten bei einem existierenden Regionalmanagement).

Alpenweiter Informations- und Erfahrungsaustausch

Die Mitglieder der Alpenallianz sind überzeugt, dass die Gemeinde die zentrale Ebene für die Umsetzung einer nachhaltigen Alpenpolitik darstellt. Als Vorbild-Gemeinden für nachhaltige Entwicklung im Alpenraum und Umsetzung der Alpenkonvention werden Wissens- und Erfahrungsaustausch großgeschrieben. Der aktive und persönliche Austausch zwischen den Vertretern aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden ist der Motor des Gemeindenetzwerks – ganz im Sinne des Leitsatzes „Nur wer sich kennt, kann voneinander lernen“.

Die Alpenallianz lebt also von der Beteiligung ihrer Mitglieder. Möglichkeiten zum Austausch bieten internationale Konferenzen und Workshops sowie Medien wie Info-Heft und Newsletter und die Webseite (www.alpenallianz.org), die u.a. eine umfangreiche Datenbank mit Best Practice-Beispielen nachhaltiger Entwicklung enthält. Für die Überwindung der Sprachbarrieren sorgen Simultanübersetzungen bzw. die Mehrsprachigkeit der Medien.

Transnationale Projekte

Im Jahr 2003 initiierte das Gemeindenetzwerk mit „DYNALP“ im INTERREG III B Alpenraumprogramm das erste große transnationale Projekt (2003-2006, Budget 2,2 Mio. EUR). In diesem



Naturpark Nagelfluhkette

Archiv-Foto: Probst

Rahmen beschäftigten sich 52 Gemeinden aus dem ganzen Alpenraum mit der „Inwertsetzung von Natur und Landschaft für Marketing und Tourismus“, acht davon aus Deutschland. Die Bandbreite der deutschen Aktivitäten reichte von der Erstellung eines Wegeinformationssystems für nachhaltigen Tourismus (Bad Reichenhall) über ein Pilotprojekt für einen Stadt-Umland-Bus (Isny im Allgäu) bis hin zu Vorbereitungsschritten für einen Naturpark (Markt Oberstaufen).

Gerade diese Initiative zum grenzüberschreitenden Naturpark „Nagelfluhkette“, der sechs deutsche Netzwerkgemeinden im südlichen Oberallgäu und acht österreichische Mitglieder im Vorderen Bregenzerwald umfasst und 2008 feierlich eröffnet werden konnte, verdeutlicht das Potenzial der Alpenallianz. Die Idee zur Gründung eines Naturparks hatte der Markt Oberstaufen schon im Jahr 2003. Die Nachbargemeinden auf deutscher und österreichischer Seite zeigten schnell Interesse.

Nachdem die anfänglichen Zweifel an einem so ehrgeizigen Projekt überwunden waren, arbeiteten die Gemeinden mit großem Engagement an der Gründung des ersten grenzüberschreitenden Naturparks zwischen Deutschland und Österreich. Die Plattform dafür bot das Gemeindenetzwerk, die „operationelle Initialzündung“ erfolgte durch eine Machbarkeitsstudie in DYNALP. Der Natur-

park hat sich mittlerweile gut etabliert und setzt eine ganze Reihe von konkreten Maßnahmen in den Bereichen Naturschutz und Landschaftspflege, Tourismus, Land-, Alp- und Forstwirtschaft um. Dazu zählte u.a. auch ein Projekt im Rahmen des Nachfolgers DYNALP², das sich mit der Vision Energieautarkie und dem Thema Effizienzsteigerung und erneuerbare Energien beschäftigte. Auch dabei zeigte sich beispielhaft der Mehrwert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit: Bei einer Thermografie-Aktion beteiligten sich über 700 Hauseigentümer.

In DYNALP² wurden zwischen 2006 und 2009 insgesamt 36 Gemeinde- und Regionsprojekte zur nachhaltigen Entwicklung durchgeführt. Das Gesamtbudget von 2,1 Mio. EUR setzte sich in erster Linie aus Förderungen der Schweizer MAVA-Stiftung für Naturschutz und Eigenmitteln der Gemeinden zusammen. Schwerpunkte waren die Themenfelder Regionale Wertschöpfung, Soziale Handlungsfähigkeit, Schutzgebiete und Mobilität.

In Deutschland war neben dem Naturpark Nagelfluhkette (siehe Foto) auch das Ökomodell Achenal im Chiemgau in DYNALP² aktiv: Im Projekt „Auf historischen Spuren durch ein alpines Flussatal – 3000 Jahre Saumwege entlang der Tiroler Achen“ machten sieben Gemeinden die lange vergessene Geschichte des Achtals als historische Verbindung

zwischen Chiemgau (D) und Pinzgau (A) und die wichtigsten historischen Stationen „erlebbar“, z.B. durch Infotafeln, Wegesymbole und einen „Achenaler Geschichtswanderführer“. Bei den Projektarbeiten kamen lange verborgene Schätze ans Tageslicht, z.B. alte Aufzeichnungen, die seit 2009 öffentlich ausgestellt werden.

Nach Abschluss von DYNALP² setzt das Gemeindenetzwerk sein transnationales Engagement mit dem Projekt dynAlp-climate (2009-2012) fort. Wie der Name schon sagt, geht es darin um eine nachhaltige Auseinandersetzung mit dem Klimawandel. Behandelt werden in diesem Rahmen sowohl Klimaschutz als auch die Anpassung an den Klimawandel.

AlpenZukunft gestalten – AlpenGemeinden vernetzen

Neben den internationalen Aktivitäten bemüht sich das deutsche Gemeindenetzwerk seit 2009 um eine stärkere Zusammenarbeit auf nationaler und regionaler Ebene. Zu diesem Zweck wurde das Projekt „AlpenZukunft gestalten – AlpenGemeinden vernetzen“ mit einem Budget von 70.000 EUR ins Leben gerufen, das vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit gefördert wird. Zur Intensivierung des Erfahrungsaustauschs sind vier Maßnahmenblöcke vorgesehen: Vollversammlungen, Exkursionen zu Best Practice-Beispielen, regionale Workshops zur nachhaltigen Kommunalentwicklung und eine noch stärkere Öffentlichkeitsarbeit. Besonders die Exkursionen stoßen auf großes Interesse in den Gemeinden und haben schon so manche Idee angeregt.

Die Zeichen stehen also gut, dass das Gemeindenetzwerk „Allianz in den Alpen“ seiner Vision von einer nachhaltigen Zukunft im Alpenraum langfristig näher kommt – auch wenn die Schritte nach vorne manchmal klein und die Hürden oft groß sind. Die Erfolge der Vergangenheit zeigen aber, dass sich der Weg lohnt. Die Alpenallianz kann von daher mit Fug und Recht als Vorbild auch für andere Makroregionen Europas angesehen werden.

⇒ Dr. Thomas Probst vom Alpenforschungsinstitut (Afi) in Garmisch-Partenkirchen ist Gemeindebetreuer für die deutschen Mitgliedsgemeinden der Alpenallianz.

Weltweite Verantwortung und kommunale Zusammenarbeit

„Hamburg muss sich für Gerechtigkeit und Menschenrechte engagieren“

Die Hansestadt Hamburg vereinbarte seinerzeit die erste (west)deutsche-sowjetrussische Städtepartnerschaft mit St. Petersburg. Sie ist bis heute quickebendig geblieben und das ist eigentlich verwunderlich in Zeiten, wo viele östliche Partnerschaften abrökeln oder eher einen Dornröschenschlaf führen.

Interview mit Manuel Sarrazin

AKP: Die Partnerschaft zwischen Hamburg und St. Petersburg besteht schon seit 1957, es war die erste westdeutsche Partnerschaft mit der damaligen Sowjetunion. Was war für dich persönlich das außergewöhnlichste Projekt?

Manuel Sarrazin: Das Außergewöhnlichste, an dem ich beteiligt war, war etwas Parlamentarisches: Als die Hamburger Bürgerschaft einstimmig eine Resolution beschlossen hat, in der sie – in einem diplomatischen Ton natürlich, aber trotzdem recht deutlich – ihre Sorge darüber formuliert hat, dass die Partei Jabloko nicht zu den Wahlen zur Petersburger Gebietsduma, zur gesetzgebenden Versammlung von Petersburg, zugelassen wurde. Im Jahr 2007 sind sie im Zuge des neuen Parteiengesetzes nicht registriert worden – vorher hatte Jabloko zehn Prozent und sie hätten sicherlich wieder den Einzug ins Parlament geschafft. Und da haben wir es geschafft, dass die Hamburger Bürgerschaft einstimmig verabschiedet, dazu etwas zu sagen.

Das hat sicherlich zu einigen Verstimmungen geführt, weil man auf St. Petersburger Seite der Meinung war, wir hätte da etwas missverstanden. Aber sagen wir mal so, wenn es in Hamburg jemand bemerkt, dann wird es in St. Petersburg bemerkt, dass es in Hamburg bemerkt wurde. Wenn es in Hamburg niemand merkt, dann nicht. Das ist, glaube ich, eine Grundregel. Und natürlich ist nicht per se in Hamburg ein Interesse bei allen und allem da, aber beim Partnerparlament sollte man schon auf Demokratie achten.



MdB Manuel Sarrazin (Grüne)

Foto: S. Kaminski

Und was hat das für Auswirkungen?

Sarrazin: Es hat sicherlich eine Auswirkung auf das Bewusstsein der Verwaltung, dass das, was sie macht, bemerkt wird. Und vielleicht wirft es auch gewisse Fragen auf. Es gibt natürlich den Betroffenen ein Gefühl von Solidarität, was ganz wichtig ist. Ein Gefühl von Solidarität, in ihrer Situation nicht allein zu sein, und dass auch sie merken, dass es bemerkt wird. Deswegen haben wir immer betont, wir wollen, dass Umwelt – das hat auch viel mit Demokratie zu tun – aber eben auch Zivilgesellschaft und Menschenrechte ein Thema in der Partnerschaft sind.

Man darf natürlich auch nicht mit dem Impetus rübergehen, wir haben die Weisheit mit Löffeln gefressen, sondern man sollte auf die Augenhöhe achten. Ich muss dazu auch sagen, wir kannten all die Personen, um die es da ging, wir kennen auch unsere Partner im Petersburger Parlament sehr gut, das ist wichtig. Aber wenn man ein ehrliches Engagement vor-

aussetzt, dann kann man auch durchaus mal seine Meinung äußern.

Viele der Partnerschaften, die nach dem Krieg mit dem Ziel der Völkerverständigung geschlossen wurden, sind heute schwer am Leben zu erhalten, sie drohen einzuschlafen. Warum ist das in St. Petersburg und Hamburg nicht passiert?

Sarrazin: Das Besondere an Hamburg-St. Petersburg ist, dass die Partnerschaft getragen wird von einer zivilgesellschaftlichen Ebene, sodass die Politik oft gar nicht weiß, was alles passiert. Das hat viel mit der Brief- und Paketbrücke während der Hungersnot von 1991 zu tun und einer besonderen Empathie der beiden Städte miteinander. Ich glaube, der wesentliche Faktor dafür ist tatsächlich einerseits eine ähnliche Lage, und dann einfach diese Solidarität mit der Partnerstadt, eine individuelle Solidarität, also keine anonymes Spendenkonto, sondern viele bürgerliche Kontakte, Begegnungen, private Briefe und so weiter. Dadurch haben die Bürgerinnen und Bürger eine persönliche Beziehung zur Partnerstadt gewonnen. Wenn man in Petersburg ist und die Taxifahrer fragen, woher man kommt, aus Deutschland, dann sagen sie Hamburg – für Petersburger ist Hamburg Deutschland, nicht München. Das ist zumindest meine Wahrnehmung.

Natürlich muss Politik mal unterstützen oder vermitteln, aber die Ideen und der Wunsch zur Auseinandersetzung müssen von beiden Seiten, aus der Bevölkerung heraus, getragen werden. Entscheidend ist, dass Politik Möglichkeiten dafür schafft, dass Menschen sich treffen, und vielleicht auch Unterstützung

bei der Umsetzung einzelner Projekte leistet. Schönes Beispiel ist das Praktikantenprogramm von Senat und Handelskammer, wo junge russische Führungskräfte mehrere Monate in Hamburg Praktika machen und danach auch stetig mit Hamburg Kontakt halten sollen.

Gibt es denn auch konkrete Wirtschaftsinteressen?

Sarrazin: Natürlich, es ist auch ein großes wirtschaftliches Interesse auf beiden Seiten da. St. Petersburg als Tor zum nordwestlichen Russland, daran ist die Hamburger Wirtschaft sehr interessiert, und gleichzeitig ist natürlich auch die Petersburger Wirtschaft sehr an Deutschland und an Hamburg sozusagen als Tor zu Deutschland interessiert.

Wirtschaftsförderung durch Partnerschaften klingt gut, aber sucht sich die Wirtschaft nicht eigentlich ihre Standorte aufgrund der Standorte und nicht aufgrund der Partnerschaft?

Sarrazin: Die Wirtschaft sucht sich sicherlich ihre Standorte aufgrund der Standorte. Aber es ist schon so, dass die Wirtschaft auch ein Gefühl dafür hat, dass Politik Türöffner sein kann. Dass gute politische Beziehungen auch helfen können, wenn es darum geht, wirtschaftliche Kontakte herzustellen. Zum anderen ist es natürlich wirtschaftlich sehr interessant, dass durch diesen Austausch viele gut ausgebildete Menschen in St. Petersburg einen Bezug zu Hamburg haben und zum Teil auch in der Hansestadt bekannt sind. Wichtig ist, dass beispielsweise beim Praktikantenprogramm sicherlich Wirtschaft eine Rolle spielt, aber eben auch Menschenrechte, Engagement, Umweltfragen eingeflossen sind. Insgesamt ist das eine riesengroße Chance.

Da fällt praktisch das Stichwort „kommunale Außenpolitik“ oder ist das ein zu hochtrabender Begriff?

Sarrazin: Nein, Kommunalpolitik insgesamt, aber eben auch grüne Kommunalpolitik, kann Städtepartnerschaften als politisches Terrain nutzen und damit viel bewegen. Man glaubt ja immer, man kann gar nichts verändern in der Außenpolitik – aber selbst in den schlimmsten Zeiten des Ost-West-Konflikts und Kalten Krieges war es relevant, was zwischen Hamburg und St. Petersburg passierte. Es gibt viele Beispiele, wo etwas verändert werden kann. Gerade bei der Partnerschaft mit Russland oder anderen Trans-

formationsländern ist Know-How und zum Teil auch Finanzierung sehr stark gefragt, in Bereichen wie Wasser, Verkehrsinfrastruktur, Müllbearbeitung – aber eben intelligente, grüne Lösungen!

Wenn man beispielsweise eine Partnerschaft mit einem Ort in Rumänien hat, könnte man dort intelligente Verkehrskonzepte anregen. Natürlich muss man auch gucken, was die andere Seite möchte, aber meine Erfahrung ist, dass viele Partnerstädte sehr interessiert sind.

Und die ganzen Fragen von Demokratie und Menschenrechten! Allen grünen Kommunalos, deren Stadt eine Partnerschaft mit China hat, würde ich nur sehr dazu raten, sucht euch drei, vier engagierte Menschenrechtler in eurer Partnerstadt und ladet die einfach mal ein. Das wird die chinesische Regierung merken, das wird im Außenministerium in Peking aufmerksam registriert werden, und damit werdet ihr für die Menschen etwas Gutes tun. Macht es nur so clever, dass es nicht zu gut für sie ist und sie deswegen Probleme bekommen!

Hamburg ist eine Welthandelsstadt und verdient viel Geld mit Sachen, die aus ausbeuterischer Arbeit kommen. Darum muss Hamburg sich für Gerechtigkeit und Menschenrechte engagieren, zuerst in den Partnerstädten. Zum Beispiel haben wir mit Shanghai viel gemacht zum Thema Zwangsarbeiterlager, den so genannten Laogai-Camps, und Produkte von dort. Und natürlich immer Jugendarbeit, Jugendaustausch, Jugendbegegnungen, Schüleraustausch, als die Grundlage für alles, was passiert. Da kann immer nur mehr Geld reingesteckt werden.

Was können kleinere Städte und Landkreise mit viel weniger Ressourcen von den Hamburger Erfahrungen lernen?

Sarrazin: Also, Know-How-Transfer kann man immer machen. Zum Beispiel die Partnerschaft mit Marseille könnte von Hamburg viel mehr genutzt werden, um Themen zu besprechen, bei denen beide Seiten voneinander lernen. Integrationspolitik etwa ist eine sehr spannende Frage in Partnerschaften mit Frankreich, da kann man viel gemeinsam machen, gerade auch um Menschen mit Migrationsgeschichte mehr in diese Partnerschaften zu integrieren.

Aber auch so etwas wie Stadtentwicklung, wie werden Sachen gelöst? Zum Beispiel Fahrradleihsysteme, Straßenbau, welche Konzepte haben an-

dere Städte? Das ist natürlich manchmal sehr verwaltungslastig, aber ich finde, gerade Grüne können viel voneinander lernen und einen Best-Practice-Austausch gestalten. Warum soll der grüne Kreisverband sich nicht mal die Partnerstadt angucken, und wenn es dort Grüne gibt, dort die Grünen treffen oder Stakeholder, die in grünen wichtigen Bereichen aktiv sind? Da kommt man auf jeden Fall mit vielen neuen Eindrücken zurück und schafft oft auch eine dauerhafte Zusammenarbeit.

Ich habe es immer so erlebt, dass Menschen aus den Partnerstädten vor Ort mit einer sehr großen Offenheit empfangen werden, weil sich alle freuen, dass man sich für diese Partnerschaft interessiert. Das können viele Grüne auch zu einem Teil ihres Programms machen. Wenn wir von weltweiter Zusammenarbeit reden, dann kann man die auch auf kommunaler Ebene leben.

⇒ Manuel Sarrazin war von 2004 bis 2008 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und Sprecher der GAL-Fraktion für Europa, Internationales und Jugendbeteiligung. Seit 2008 sitzt er für Bündnis90/Die Grünen im Bundestag und ist dort Mitglied im Europaausschuss. Das Gespräch für die AKP führte Charlotte Wohlfarth (Berlin), freie Mitarbeiterin der Heinrich-Böll-Stiftung.

⇒ nachgefragt

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit

Einen Überblick über das Thema Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (KEZ) bietet die Studie „Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland“ von Katrin Fröhlich und Bernd Lämmlin (2009), herausgegeben vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) und der Servicestelle Kommunen in den Einen Welt (SKEW). Sie ist über die Webseite der SKEW frei zugänglich. Die SKEW ist eine von InWEnt (Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH) getragene Beratungseinrichtung, die schwerpunktmäßig zu den Themen Kommunale Partnerschaften, Faires Beschaffungswesen und interkulturelle Kompetenz arbeitet.

⇒ www.service-eine-welt.de

Die Partnerschaft zwischen Kernen und Masvingo

Etwas ganz Besonderes!

Den Anstoß zur Partnerschaft zwischen Kernen und Masvingo gab am 17. Januar 1985 ein Antrag der grünen Fraktion im Gemeinderat, im Haushalt Geld für ein Partnerprojekt in der Dritten Welt vorzusehen. Kurz darauf wurde beschlossen, eine Partnerschaft mit der Stadt Masvingo in Simbabwe anzustreben.

Dieter Kaiser



Container-Entladung in Masvingo 2008

Archiv-Foto: Kaiser

Zu dieser Stadt bestand bereits ein Bezug: Der Forscher Karl Mauch aus dem Ortsteil Stetten erforschte Ruinen in der Nähe Masvingos, und die katholische Kirche und die Karl-Mauch-Schule hatten bereits Kontakte zur *primary school* in Bondolfi bei Masvingo. 1990 unterzeichneten beide Bürgermeister in Masvingo die Partnerschaftsurkunde, woraufhin in beiden Gemeinden Partnerschaftsvereine gegründet wurden – in Kernen die Kernen-Masvingo-Gesellschaft (KMG).

Man muss es gleich zu Beginn aussprechen: Diese Städtepartnerschaft ist etwas Besonderes! Von Anfang an haben sich Menschen gefunden, bei denen Herz und Verstand ganz vorne anstehen. Wen wundert es da noch, dass aus einer Entwicklungshilfe-Idee eine auf vielen Ebenen

der Gemeinde gelebte Partnerschaft geworden ist und Freundschaften entstanden sind. Viele der im Verlauf der Jahre entwickelten Aktivitäten seitens einzelner Bürger, der Vereine und Organisationen laufen mittlerweile ohne Mitwirkung der Partnerschaftsgesellschaft auf privater Ebene.

Hilfe zur Selbsthilfe

Bei den Aktivitäten der KMG in der Partnerstadt gilt als oberstes Prinzip die Hilfe zur Selbsthilfe. Die Schwerpunkte liegen deshalb in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Wirtschaftsförderung. Praktisch unterstützt die KMG zahlreiche Bauprojekte, wobei die Lohnkosten durch die Partnergemeinde und die Materialkosten von der KMG getragen werden. So kam es beispielsweise mit fi-

nanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Erweiterung einer Waiseneinrichtung um vier Gebäude für ca. 100 Kinder. Die deutsche Botschaft in Harare finanzierte eine gewerbliche Maismühle – damit können nun die externen Kosten für Wasser und Strom beglichen werden.

Seit 1990 wurden einige Container mit Hilfsgütern versandt – nur Dinge, die nicht im Land hergestellt werden, um keine Arbeitsplätze zu vernichten, wie Gehhilfen, Rollstühle, Computer für Schulen und karitative Einrichtungen, Hygiene-Artikel und medizinische Ausrüstung, einmal sogar ein Röntgengerät für das Provinzkrankenhaus. Dieses Jahr steht zum zweiten Mal der Versand eines gebrauchten Müllfahrzeugs an.

Nur in den Jahren 2004 bis 2009, als sich die Wirtschaft aufgrund der Inflation dramatisch verschlechterte, wich die KMG von diesem Prinzip ab und unterstützte die Partnerstadt finanziell und vor allem mit Nahrungsmitteln.

Bildung & Gesundheit

Seit 25 Jahren besteht eine Partnerschaft zwischen der Karl-Mauch-Schule in Kernen und der *Bondolfi primary school*. Kerner Bürgerinnen und Bürger haben Patenschaften für die Kinder im Internat dieser Schule übernommen, und viele Patenkinder und -eltern haben sich bei Besuchen kennen gelernt. Für die Schule wurde unter anderem eine Küche mit Speiseraum gebaut und die Schlafäste und Sanitäranlagen renoviert.

Vor kurzem hat der Bau einer Vorschule begonnen, um die 4- bis 7-jährigen Kinder auf die Schule vorzubereiten und mit sauberer Schulkleidung und Essen zu

versorgen. Deutsche Schwestern des Ordens Heilig-Kreuz verwalteten die Spenden der KMG und erledigen die Ausgaben.

In den Jahren 1994/95 finanzierten beide Gemeinden je zur Hälfte den Bau der *Runyararo* (Frieden)-Tagesklinik im dicht bevölkerten Stadtteil *Mucheke*, die nun um eine Entbindungsstation erweitert werden soll. Die KMG griff auch ein UN-Programm für den Kampf gegen Aids auf und vereinbarte mit dem deutschen Pharma-Unternehmen Böhringer Ingelheim die jahrelange kostenlose Lieferung des Aids-Medikaments *Viramune* an alle Krankenhäuser in Simbabwe. Das Programm dauert bis heute an und hat die Verbreitung von Aids sehr eingeschränkt. In den Jahren der Cholera-Epidemie lieferte die KMG Medikamente und Chemikalien für die Wasseraufbereitung der Stadt, bald sollen Wasserprüferäte eingeweiht werden.

Kein Wunder, dass höchste politische Kreise in Simbabwe unsere Arbeit schätzen – bis hin zum Staatspräsident Mugabe, der Kernen einen offiziellen Besuch abstattete, und dem Ministerpräsident Tsvangirai, den wir auch schon zu Besuch in Stuttgart hatten.

Wirtschaftsförderung

Angesichts der extrem hohen Arbeitslosigkeit insbesondere unter Jugendlichen sah sich die Partnerschaftsgesellschaft sehr bald mit der Frage nach Arbeits- und Ausbildungsplätzen konfrontiert. So entstand die Idee der Gründungsförderung von Kleinstbetrieben, in der Erwartung, dass dadurch auch Ausbildungsplätze entstehen würden. Die Partnerstädte haben dazu 1998 den gemeinsamen *Business Fund* aufgelegt, aus dem Jungunternehmer in Masvingo zinsgünstige Darlehen zur Existenzgründung und -festigung erhalten.

Der Fonds wird von *Zambuco Trust* verwaltet, einer Organisation, die auf Existenzgründungsförderung in Simbabwe spezialisiert ist. Dieses Beispiel veranschaulicht das Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe: Die Gemeinde Kernen unterstützt nur, während die Stadt Masvingo sich gleichermaßen beteiligt und eine lokale Organisation den Fonds verwaltet. Fast alle Darlehensnehmer – zu 75% junge Frauen – zahlten die Kredite pünktlich und vollständig zurück. Der Fonds musste wegen der hohen Inflationsrate

leider eingestellt werden, doch nach der Einführung des US-Dollar als Landeswährung wurde im Jahr 2009 die Wiederbelebung mit Geldern beider Gemeinden beschlossen.

Viele weitere Projekte wurden umgesetzt: Durch die Übergabe von fünf Nähmaschinen wurde 1990 die Gründung eines Konfektionsbetriebes unterstützt, der heute ausbildet. Ein stabiler Marktstand für den Verkauf von Kunstgewerbeartikeln wurde an der Touristenroute zu *Great Zimbabwe* am Ortseingang von Masvingo errichtet. Und der Import einiger hundert gebrauchter Fahrräder aus Deutschland sowie von Fahrradteilen aus Asien zur Endmontage in Masvingo beschäftigt dort fünf junge Leute. Seit 1994 organisiert die KMG auch Reisen nach Masvingo und Simbabwe und stärkt damit die Tourismuswirtschaft vor Ort.

Motivation und Nutzen

Obwohl die Unterstützung der Partnergemeinde im Vordergrund steht, ist diese Partnerschaft keineswegs eine Einbahnstraße. Die Erfahrungen, die die Menschen aus Kernen durch die Städtepartnerschaft mit anderen Menschen und in fremden Kulturreisen machen können, sind sehr bereichernd, erweitern den Horizont und erhöhen die Toleranz gegenüber Andersdenkenden. Besonders erfolgreich waren *work camps*, in denen Jugendliche aus Kernen und Masvingo unter der Aufsicht des städtischen Bauhofs Masvingo gemeinsam etwa den Speiseraum in einem Altenheim und Lehrerwohnungen errichteten.

Die Teilnehmer sind für ihr Leben geprägt von der Lebensfreude der Menschen in Simbabwe und sehen ihre eigene Lage in Deutschland mit anderen Augen. Manche Schüler lernen den Schulbesuch wieder zu schätzen, wenn sie erleben, mit welcher Begeisterung afrikanische Kinder trotz der vielen Entbehrungen in die Schule gehen. Und auch wer nicht die Möglichkeit hat, die Partnerstadt zu besuchen, kann durch regelmäßige Ausstellungen und Filmvorführungen im Rathausfoyer daran teilhaben.

Organisatorisches

Wie funktioniert die Zusammenarbeit ganz praktisch? Die Projekte werden in der Regel aus Masvingo an die KMG oder die Gemeinde herangetragen. So wird sichergestellt, dass die Unterstüt-

zung vor Ort auch wirklich gebraucht wird. Ein Rechtsanwalt in Masvingo erledigt dann als Treuhänder die Finanzierung, oder Mitglieder der KMG reisen selbst nach Simbabwe.

Die Mittel stammen, neben Zuschüssen von staatlicher Seite, zu einem großen Teil aus Spenden. Es werden immer wieder Werbeveranstaltungen wie Dia- und Film-, sowie politische Vorträge durchgeführt. Alle zwei Jahre findet die beliebte Sponsoren-Radrallye SimBike im gesamten Remstal statt, an der zuletzt 700 Sportler teilnahmen. Und auch wenn die KMG den Großteil der täglichen Arbeit abwickelt, steht der Gemeinderat voll hinter ihren Aktionen und unterstützt sie nach Möglichkeiten, etwa durch die Finanzierung des *Business Fund*.

Bei Reisen besteht das Prinzip der Gegenseitigkeit: Für Mitglieder der KMG wird ein Teil der Reisekosten aus den Mitgliedsbeiträgen finanziert. Die Flugkosten der offiziellen Gemeindevertreter bestreitet die entsendende Verwaltung, während die gastgebende Gemeinde die Kosten vor Ort übernimmt.

Dass eine so enge Zusammenarbeit nicht ohne Probleme ablaufen kann, ist klar. Eine Quelle für Missverständnisse ist die Zeit, denn der Zeitbegriff wird in beiden Ländern sehr unterschiedlich verstanden. Wir verbinden daher die Vereinbarung eines Zeitpunkts immer mit der Frage: "German or Zimbabwean time?". So gehen wir humorvoll mit dieser Herausforderung der interkulturellen Kommunikation um und beide Seiten lernen dabei voneinander.

➲ Dieter Kaiser ist Gründungsmitglied der KMG. Als früherer Exportkaufmann besuchte er viele afrikanische Länder. Die Verwirklichung von Hilfsprojekten für Frauen und Kinder, die ihm am meisten am Herzen liegen, ist ihm nach wie vor wichtig.

tipp

Neue Broschüre

Eine sehr spannende Lektüre ist: Jörg Goldberg *Afrika im Weltkapitalismus*; isw-Report Nr. 72; Schutzgebühr 3,50 Euro

➲ Bestelladresse: Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.; Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München; Internet www.isw-muenchen.de

Lokale Agenda 21 und transnationale Beziehungen

Potenzielle für nachhaltige Entwicklung

In den Agenda-21-Prozessen nimmt die „Eine Welt“ immer breiteren Raum ein. Hier sind große Potenziale für Beiträge zu kommunaler Entwicklungszusammenarbeit mit der Ausrichtung einer nachhaltigen Entwicklung vorhanden, insbesondere die Städtepartnerschaften können hier ein Ausgangspunkt sein. Soll diese Entwicklung über Modellprojekte hinaus gelingen, ist eine neue Qualität gemeinsamen Handelns erforderlich. Ein „Wirksamer durch mehr Verbindlichkeit“ (Volker Hauff) in den Projekten und Prozessen ist unabdingbar.

Josef Ahlke



UN-Millenniums-Gate

Foto: Josef Ahlke

Erfurt, die Landeshauptstadt Thüringens mit 200.000 Einwohnern, drei Hochschulen, Hightechunternehmen und dem Ruf als Blumen- und Kindermedienstadtstadt ist eine der Städte in den fünf neuen Bundesländern, die die Chance hat, auch künftig den gesellschaftlichen Wandel aktiv mit gestalten zu können.

Diese Beschreibung Erfurts in einem Satz kann zugleich indirekt andeuten, dass in diesem Klima von Stadtgesellschaft auf Grundlage von Größe, Struktur- und Funktionsmischung ein typisches und mittlerweile vielfältiges Spektrum an bürgerschaftlichem Engagement zu erwarten ist – und sich auch tatsächlich entwickelt hat.

Dieses Engagement ist zunehmend international und im entwicklungspolitischen Kontext aktiv; eine Entwicklung,

die sich immer stärker auch in der 1998 begonnenen Lokalen Agenda 21 erkennen lässt. Die Zusammenarbeit innerhalb der Stadtverwaltung ist nicht formalisiert, sondern erfolgt nach Bedarf. Zwei kurze Schlaglichter für das „Neue“ der inhaltlichen Überschneidung und damit auch der Potenziale dieser Zusammenarbeit:

- Von der Agenda 21 werden z.B. fairer Handel, biologische Produkte und faires Vergabewesen thematisiert. Mehr Nachhaltigkeit auf städtischen Empfängen und Veranstaltungen zu erzielen, hat mit z.B. fair gehandelten oder regionalen Blumen und Kaffee begonnen, setzt sich mit bio-fairem regionalem Catering bei eigenen Veranstaltungen fort und führt aktuell als nächster Schritt zu einer Prüfung des Vergabewesens mit dem Ziel

des Ausschlusses von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit.

- An die Stadtverwaltung Erfurt wurden von der Partnerstadt Lille Fragen zum fairen Handel herangetragen, die die zuvor dargestellte Intention der Agenda 21 Aktivitäten vollständig spiegeln. Lille bittet alle ihre Partnerstädte um einen Erfahrungsaustausch zu folgenden fünf Themen: Fairer Handel und Sozialfinanzierung; Fairer Handel und lokale Produktion; Fairer Handel und Internationale Kooperation; Fairer Handel und nachhaltiger Tourismus; Fairer Handel und öffentliche Beschaffung.

Um unter anderem auch diese Entwicklung in den nächsten Jahren weiter aktiv begleiten zu können, richtet Erfurt den Agenda-21-Prozess neu aus: Das Team der Agenda 21 in der Stadtverwaltung wird sich stärker zum Netzwerknoten und zur Plattform entwickeln. Neben Schwerpunkten wie z.B. Klima, Energie, nachhaltiges Wirtschaften, nachhaltige Bildung und Partizipation wird die Entwicklungszusammenarbeit mit in den Vordergrund gestellt. Beispielahaft einige Beschlüsse Erfurts:

- Ausschluss von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit (2010);
- Unterzeichnung der Millenniumserklärung der Kommunen (2007);
- Prüfung in der Stadtverwaltung zum Kauf regional produzierter oder fair gehandelter Blumen (2007).

Zu den Agenda-21-Schwerpunkten werden Leitprojekte¹, die Nachhaltigkeit anschaulich und kommunizierbar machen, von der Stadtverwaltung selbst oder mit Partnern durchgeführt. Hierbei wer-

den soweit möglich Projekte genutzt, deren professionelle Begleitung zudem durch starke nationale oder internationale Partner gewährleistet ist.

Integraler verbindender Bestandteil alter Themen ist nachhaltige Bildung. Die Auszeichnung als Stadt der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Bildung und die Zusammenarbeit mit den deutschen UN-Dekade-Städten seit 2009 war hier ein wichtiger Meilenstein für Erfurt. Bemerkenswert ist nebenbei die Erkenntnis des ersten Austausches, dass in vielen Städten die gleichen oder ähnliche Leitprojekte realisiert wurden. Dies eröffnet eine neue Plattform des Austausches von best-practice-Erfahrungen und der erforderlichen Strukturen, die wiederum im transnationalen Kontext z.B. der Städtepartnerschaften zu nutzen sind.

Die Städtepartnerschaften

Erfurt unterhält zehn Städtepartnerschaften². Viele davon haben eine lange Tradition, die zu Zeiten der DDR vor allem mit Städten in sozialistischen Staaten gepflegt wurde. Diese vom Zeitgeist geprägten Partnerschaften erfuhren in den letzten Jahren eine Verschiebung der Prioritäten. Thematisch erfolgte seit der Wende, insbesondere mit den Städten in den osteuropäischen Transformationsländern, ein Austausch zu Verwaltungsaufbau und kommunaler Selbstverwaltung, während z.B. die deutsche Partnerstadt Mainz aktiv den Aufbau in Erfurt begleitete. Neue Städtepartnerschaften sind hinzugekommen.

Wirksamer durch mehr Verbindlichkeit: Wie könnte die einleitend benannte Forderung von Dr. Volker Hauff, dem Vorsitzenden des Rates für nachhaltige Entwicklung für einen künftig gelingen den transnationalen Austausch umgesetzt werden? Mit den Projekten ÖKOPROFIT, Bürgerbeteiligungshaushalt und der im Jahr 2009 begonnenen Zusammenarbeit mit der Stadt Kati in Mali werden drei konkrete Beispiele dargestellt, mit denen dies gelingen könnte.

ÖKOPROFIT®

Das Ökologische Projekt für Integrierte Umwelttechnik (ÖKOPROFIT®) ist ein in der Stadt Graz entwickeltes betriebliches Umweltvorsorgeprogramm, das die Senkung von Betriebskosten mit einer Verbesserung der Umweltbedingungen verbindet und somit ökologische und

ökonomische Folgekosten für die Zukunft reduziert. Allein in Deutschland haben in den letzten zehn Jahren in 88 Städten mehr als 2.000 Unternehmen erfolgreich teilgenommen.

Das ÖKOPROFIT® wurde in Erfurt im Seminar „Kommunale Beiträge zur Lösung globaler Umweltprobleme“, an dem die osteuropäischen Partnerstädte teilnahmen, vorgestellt. Betrachtet man die vielen dort zur Sprache gekommenen Themen, zeigt sich – natürlich unter den nationalen und lokalen Prämissen –, dass die gleichen Grundfragen in den Städten als wichtig erkannt wurden und sich z.B. das ÖKOPROFIT® für eine dauerhafte Zusammenarbeit eignet.

Bürgerbeteiligungshaushalt

Der Bürgerbeteiligungshaushalt wird in Erfurt seit 2008 jährlich durchgeführt. Es ist der zweite Projektansatz, der sich aufgrund seiner weltweiten Verbreitung als Angebot zur Zusammenarbeit an die Partnerstädte anbietet. Da die Haushaltplanung das zentrale Politikfeld städtischen Handelns darstellt, liegen in einer transnationalen Zusammenarbeit zu diesem Projekt allerdings Risiken und Chancen dicht beieinander. Die hier getroffenen Entscheidungen nimmt der Bürger in seinem Alltag unmittelbar war.

Zentral ist die Frage, ob die Beteiligung der Bürger auch tatsächlich ernst gemeint ist. Ist eine langfristige professionelle Durchführung gewährleistet, würden sich Partizipationsprozesse, Elemente der direkten Demokratie als Ergänzung der repräsentativen Demokratie, Transparenz, aber auch langfristig Konsolidierungseffekte im kommunalen Haushalt oder politische Bildung, z.B. auch der Kinder- und Jugendbeteiligung, erreichen und entwickeln lassen. Für Zielformulierungen letzterer Größenordnung ist allerdings mehr als bisher „zusammenzudenken“. Zum Beispiel: Wie ließe sich Quartiersmanagement, Programme wie soziale Stadt oder Kinder- und Jugendbeteiligung systematisch als ein Gesamtprozess verstehen und formen?

Kati in Mali – eine neue Partnerschaft

Angeregt durch den Besuch einer Delegation der Stadt Erfurt in der malischen Stadt Kati im Januar 2009 und in der Erkenntnis, dass eine lebendige Städtepartnerschaft neben den offiziellen Vertretern

auch aktive Menschen braucht, gründete sich im Jahr 2009 der „Freundeskreis Kati – Cercle des amis de Kati e. V.“ Die Mitglieder wollen Menschen in Deutschland sowohl für die Probleme und Anliegen als auch für die kulturellen Reichtümer und sozialen Werte Malis sensibilisieren, sie wollen Freundschaften zwischen den beiden Ländern pflegen und Menschen in Mali und ihre Zusammenschlüsse unterstützen.

Sie fördern Projekte, bisher insbesondere im Bildungs- und Schulbereich, die von den Betroffenen selbst organisiert und getragen werden. Auch das städtische Handeln setzt sehr stark auf ein Engagement in Form von einzuwerbender ehrenamtlicher Arbeit und Spenden.

Ein Fazit in vier Thesen

Die drei Beispiele führen zur Frage, welche Rolle Kommune und Zivilgesellschaft künftig verlässlich wahrnehmen können. Kann der Anspruch einer transnationalen kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und eine umfassende nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 21 mit Inhalt und Leben gefüllt werden?

Soll dieser Anspruch künftig mit Begründung erhoben werden, dann wird substantielles und kontinuierliches, eigenes Handeln in den Kommunen sowohl finanziell als auch personell in stärkerem Ausmaß als bisher erforderlich werden. Auf dem Weg dahin ist für Erfurt eine vernetzte Arbeitsweise innerhalb der Stadtverwaltung und in die Stadtgesellschaft hinein, wie sie sich aktuell herausbildet, ein sinnvoller Zwischen- schritt.

Kann dieses lokale Handeln in einen systematischen Rahmen von EU, Bund und Landesstrategien mit einer darauf abgestimmten Anreiz- und Förderstrategie eingebunden werden, dürften schon mittelfristig Ergebnisse erzielbar sein, die über das Modell- und Pilotprojekt hinausgehen und sich schließlich selbsttragend weiterentwickeln. Damit dies nicht in einer Grauzone stattfindet, sind die rechtlichen Rahmenbedingungen weiter zu verbessern.

These 1: Kommunale Entwicklungszusammenarbeit ist Stadtinnenpolitik. Damit diese nicht in einer Grauzone stattfindet, sind die rechtlichen Rahmenbedingungen weiter zu verbessern. Viele originär als lokal anzusehende Themen

wirken global. Eine nachhaltige und faire kommunale Beschaffungspolitik ist zugleich Stadtaußenpolitik.

These 2: Kommunale Entwicklungs-zusammenarbeit ist mehr als nice to have. Damit kommunales Handeln wirksame Beiträge zu einer globalen nachhaltigen Entwicklung leisten kann, ist professionelle Begleitung, Rechtssicherheit und einen angemessene finanzielle Ausstattung durch EU, Bundes- und Landes-mittel erforderlich.

These 3: Kommunale Entwicklungs-zusammenarbeit lebt von Kontinuität, Vernetzung und gesundem Eigen-interesse. Nach knapp 20 Jahren Agenda 21 ist in den wesentlichen Themenfeldern einer umfassend gedachten Nachhaltigkeit von global bis lokal eine Bandbreite erfolgreicher Konzepte und Projekte vor-handen. Diese können vom Modell nun in den Alltag gezogen werden. Hierzu sind geeignete Netzwerke zu entwickeln bzw. zu unterstützen.

These 4: Kommunale Entwicklungs-zusammenarbeit macht Spaß und Mut. Die Kommune gleichzusetzen mit Bürgernähe, ist zwar immer noch ambitioniert als konkretes, tägliches Lebensum-feld der Menschen, aber dennoch rich-tig. Zudem ist eine der Qualitäten der lo-kalen Ebene, dass das Miteinander auch einfach Spaß und Mut zu mehr macht.

Fußnoten

1. Städtische Leitprojekte: z.B. ÖKOPROFIT®, Bürgerbeteiligungshaushalt, Erfurt Stadt der UN Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung, Bildungsstadt Erfurt - Lernen vor Ort, E² - Erfurt Energie) Leitprojekte mit Partnern: z.B. Arena der Zukunft 2010 Fair Spielen – Fair Handeln (Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen e.V.), Studium fundamentalis Universität Erfurt mit „Learning Sustainability“ oder „Lebenslustfestival“ (Ag Nachhaltigkeit e.V.); Energiesparen an Schulen, Erfurter Grüne Hausnummer, www.lifeguide-erfurt.de - Lebensqualität mit Zukunft (BürgerWerkStadt-Erfurt e.V.); Marktplatz für Gemeinnützige und Unternehmen, Bürgerfeste, faire und ökologische Stifterschokolade (BürgerStiftung Erfurt); UN-Millenniumsziele, Global MarshallPlan , ökosoziale Marktwirtschaft (Ökosoziales Forum Deutschland e.V.); Stadtnatur erleben (AK Lagune im BUND e.V.) und einige andere mehr.

2. Györ (Ungarn, 1971), Kalisz (Polen, 1982), Vil-nius (Litauen), Lowetsch (Bulgarien, 1996 wieder-aufgenommen), Haifa (Israel, 2000), Shawnee (USA, 1993) Mainz (Deutschland, 1988), Xuzhou (China, 2005), Lille (Frankreich, 1988), San Mi-guel de Tucumán (Argentinien, 1993) sowie Kati (Mali, 2009 mit gemeinsamer Erklärung).

◆ Zum Autor: Josef Ahlke ist Sachbearbeiter für Stadtentwicklung und Lokale Agenda 21 bei der Stadt Erfurt.

„Kommunale Außenpolitik“

Wie politisch sind Partner-schaften und Netzwerke?

Sicherlich ist durch transnationale Zusammenarbeit eine andere Politik möglich, aber dazu braucht es Impulse und Bürgerinnen und Bürger müssen das Heft in die eigene Hand nehmen.

Albert Statz

Die „große Erzählung“ der nachhaltigen Entwicklung, sie stockt, wie das Scheitern des Klimagipfels von Kopenhagen zeigt. Die Bekämpfung des Klimawandels hat sich fest gefahren an der Domi-nanz nationaler Interessen und der Schwerfälligkeit großer internationaler Konferenzen. Kein Land – und auch nicht die EU – war bereit, von sich aus die ersten Schritte zu gehen, nicht auf die anderen Staaten zu warten und sich hinter deren Unbeweglichkeit zu verstecken. Global reden, aber national nicht handeln war die Devise.

Stimmen aus der Zivilgesellschaft for-dern nun einen Perspektivwechsel: Selbst die politische Initiative zu ergreifen, „von unten“ zu ändern, wozu „von oben“ kei-ne Bereitschaft besteht. Kommunen sind mit ihrem doppelten Charakter dafür prädestiniert: Sie sind „lokaler Staat“ und gleichzeitig Zivilgesellschaft „vor Ort“, Keimzelle demokratischer Partizipation und nahe an der Lebenswelt der Bürger-innen und Bürger.

Viele „kleine Erzählungen“ vor Ort als Alternative? Oder nur als Ausflucht? Nie-mand wird ernsthaft der Meinung sein, die Kommunen könnten das richten, wo-ran die Staaten scheitern. Aber auch Kommunen agieren nicht mehr isoliert, sondern haben ihre eigenen transna-tionalen Kooperationen und Netzwerke ent-wickelt. Eine lange Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg hat Erstaunliches – und vielfach Verkanntes – zu Tage ge-fördert: Komplementär und kritisch, un-terstützend und als Ergänzung zur staatlichen Außenpolitik betreiben die Kom-munen selbst „Außenpolitik“: Von der

Versöhnung mit den europäischen Nach-barn bis hin zur „Entspannungspolitik von unten“, vom Bekenntnis zur europäi-schen Einigung bis hin zur praktischen Zusammenarbeit in Projekten, von der Nicaragua-Solidarität bis hin zu einem eigenen Beitrag zum „Peace-Building“ in Jugoslawien oder zur Versöhnung im Nahen Osten.

Die Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklungs in Rio 1992 gab einen neuen politischen Impuls. Um Klimawandel, Umweltzerstörung, Armut und Unter-entwicklung wirksam zu bekämpfen, bedarf es einer politischen Mobilisierung aller politischen Ebenen – und die Agen-da 21 hebt die Rolle der Kommunen zum ersten Mal in einem internationalen Do-kument hervor. Dies hat zu einer welt-weiten Bewegung von lokalen Agenda-Initiativen geführt. Sie gaben den Anstoß, kommunale Politik an den Maßstäben nachhaltiger Entwicklung zu messen.

Dies hat zu einem Paradigmenwechsel in den Nord-Süd-Beziehungen der Kom-munen geführt: „Global denken – lokal handeln“ hieß in erster Linie, zuhause an-zufangen, einen „Internationalismus im eigenen Lande“ zu entwickeln. Eine-Welt-Politik ganz praktisch: Fairer Han-del und nachhaltige öffentliche Beschaf-fung als Überwindung der Zwänge des internationalen Handels, neue Formen der Mobilität, energieeffiziente und res-sourcenschonende Produktion und Kon-sum als Beitrag zur Eindämmung des Klimawandels, unter dem der Süden am stärksten leidet.

Die Einsicht, dass Zukunftsfähigkeit und nachhaltige Entwicklung zur Grund-

lage politischer Entscheidungen gemacht werden müssen, ist inzwischen für Politik und Verwaltung in den Kommunen als Herausforderung anerkannt. Das Scheitern von Kopenhagen macht aber deutlich: Was wir brauchen ist die Bereitschaft zu einer transnationalen Vernetzung, zum Austausch und zur Zusammenarbeit in der Klimapolitik und nachhaltigen Stadtentwicklung.

Dazu gibt es vielfältige Ansatzpunkte: Am Rande der internationalen Konferenzen versuchen Bürgermeisterkonferenzen, auf die Entscheidungen Einfluss zu nehmen, indem sie die kommunalen Handlungsmöglichkeiten aufzeigen und sich einseitig, unabhängig von den Entscheidungen auf staatlicher Ebene, dazu verpflichten, die vereinbarten, unzureichenden Klimaschutzziele zu übertreffen. Kommunen tauschen in themenspezifischen Netzwerken, die vor allem von der EU gefördert werden, ihre Erfahrungen aus. Und: die Städtepartnerschaften und ihre Vernetzungen, die in den letzten Jahren sehr zugenommen haben, können sich vermehrt den Problemen zuwenden, deren Lösung in den Verhandlungen zwischen den Staaten nicht vorankommt.

Das Heft in die eigene Hand nehmen, selbst den Anfang machen und zu zeigen, dass durch transnationale Zusammenarbeit eine andere Politik möglich ist – diesen Impuls braucht die Politik dringender denn je. „Lokal denken – global handeln“ – hier gilt es, den „Raum der Möglichkeiten“ mit Leben zu füllen, der sich in den vielfältigen transnationalen Beziehungen zwischen den Kommunen, von den Projekten zur nachhaltigen Stadtentwicklung und der Entwicklungspolitik bis hin zu einer „Friedenspolitik von unten“ geöffnet hat. Vielleicht wird dann aus diesen vielen kleinen Erzählungen auch einmal eine neue „große Erzählung“: der nationalen Macht- und Interessenpolitik die Selbstermächtigung und Eigeninitiative der lokalen Ebene, eine neue „Glokalität“ entgegenzusetzen.

Dr. Albert Statz, Politologe, Regierungsdirektor a.D., bis 2007 Referatsleiter im Bundesumweltministerium und dort zuständig u.a. für die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie; ist Mitglied des Forums Berlin-Istanbul. Kontakt: www.albert-statz.de, albert.statz@gmx.net. Aus der Feder von Dr. Statz (u.a.) stammt auch die neueste Broschüre der Heinrich-Böll-Stiftung zu Städtepartnerschaften, siehe Annonce in diesem Schwerpunkt (Seite 37).

literaturempfehlungen zum vorliegenden schwerpunkt

Martin Steffan: *Klimaschutz in Städtepartnerschaften. Zur Genese eines neuen Politikfeldes.* Afra Verlag, Münster 2002, ISBN 978-3896881328

Mit dem Buch möchte der Autor Kommunen darin bestärken und motivieren, Klimaschutzprojekte im Rahmen von Städtepartnerschaften umzusetzen. Er beschreibt wissenschaftlich fundiert und trotzdem verständlich die politischen Handlungsmöglichkeiten von Kommunen im transnationalen Klimaschutz, insbesondere was Instrumente wie Joint Implementation angeht. Anhand von drei sehr unterschiedlichen Projekten mit Partnern in Polen, Nicaragua und Rumänien, die er sehr akribisch und realistisch nachzeichnet, analysiert er Chancen und Herausforderungen und leitet aus dem Vergleich allgemeine Voraussetzungen für das Gelingen solcher Projekte ab. Er schließt mit einer Diskussion der Rolle der Lokalen Agenda 21 und umfangreichen Handlungsempfehlungen für Gesetzgeber und kommunale Akteure. Dabei bewertet er den Nutzen von transnationalen Projekten durchaus vielseitig und nicht nur in Bezug auf die Klimapolitik, das Buch kann daher von einem großen Nutzen für alle in diesem Bereich Aktiven sein.

Claus-Peter Hutter und Fritz-Gerhard Link (Hrsg.): *Städtepartnerschaften und Klimavorso. Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung durch kommunale und regionale Partnerschaften.* Beiträge der Akademie für Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg, Band 48. Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, Stuttgart 2009, ISBN 978-3-8047-2525-6

Die zehn Beiträge dieses Bandes beschäftigen sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit dem Thema Klimaschutz und Städtepartnerschaften. Dabei sind sowohl überblicksartige Einschätzungen zur Rolle der Kommunen bei der Lösung der globalen Probleme wie auch zahlreiche Erfahrungsberichte und Beispiele vertreten. Neben kommunalen Partnerschaften wird auch die Rolle von Zivilgesellschaft, Kirchen und

Schulen sowie der lokalen Wirtschaft thematisiert. Die ausgewählten, sehr unterschiedlichen Beispiele aus baden-württembergischen Kommunen stellen anschaulich die vielfältigen Chancen kommunaler Kooperation dar und machen damit Mut zu kreativen Kooperationsideen.

Katrin Fröhlich und Bernd Lämmlin: *Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland. Studie zum entwicklungs-politischen Engagement deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise.* Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Discussion Paper 1/2009, Bonn. ISBN 978-3-88985-419-3

Die Autoren präsentieren die Ergebnisse einer Befragung deutscher Kommunen zu Motivation, Organisation, Umfang und Charakter ihres entwicklungs-politischen Engagements und werten diese aus. Die Ergebnisse zeigen eine unglaubliche Vielfalt kommunaler Aktivitäten und werden durch die Beschreibung einzelner Beispiele ergänzt. Als Hintergrund wird die internationale Diskussion über kommunale Entwicklungszusammenarbeit vorgestellt und die Rahmenbedingungen in Deutschland skizziert. Das Buch schließt mit Handlungsempfehlungen für die entwicklungs- wie kommunal-politische Praxis.

Diverse Publikationen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW). www.service-eine-welt.de/publikationen/publikationen-start.html.

Dokumentationen von Konferenzen, Veranstaltungen und Pilotprojekten (etwa des Netzwerktreffens Bürgerhaushalt, der Bundeskonferenzen der Kommunen und Initiativen, des Wettbewerbs Hauptstadt des Fairen Handels und von Seminaren zu Dreieckspartnerschaften, Finanzierungsmöglichkeiten von Kommunalbeziehungen oder der Rolle von MigrantInnen), Studien zu einzelnen Ländern, Darstellungen von Praxisbeispielen u.v.m.